SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Rastede

- Rede zum Haushalt 2013 -

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wenn man sich auf die Haushaltsrede vorbereitet, dann überlegt man, wie man anfängt.

Und ich fange mit den Worten an:

Wir stimmen dem Haushalt 2013 zu, aber...

Warum das Aber? Weil wir auf dem besten Wege sind, unsere zukünftige Haushaltssituation negativ zu verändern. Noch ist der Haushalt ausgeglichen. Noch. Das kann sich aber bald ändern.

Wenn man die Vorlage der Verwaltung genau liest, dann fällt ein Satz auf:

„Für die in den letzten beiden Sitzungen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses beschriebene zukünftige Haushaltssituation haben sich bis heute keine Erkenntnisse ergeben, die für die kommenden Jahre eine günstigere Haushaltsentwicklung erwarten lassen.“

Das heißt nichts anderes, als das wir heute noch einen ausgeglichenen Haushalt beschließen können, wir uns zukünftig aber überlegen müssen, wie wir einen Haushaltsausgleich hinbekommen wollen.

Geht man mal die jeweiligen Ansätze durch, dann sieht man, wo das jetzige Geld herkommt, das zum Haushaltsausgleich 2013 führt.

Einmal erhalten wir zusätzliche Einnahmen durch die Schlüsselzuweisungen des Landes. Wir bekommen mehr, als wir ursprünglich eingeplant haben. Die Verwaltung hatte in den ersten Planungen 765 € pro Einwohner berechnet. Die neuesten Zahlen weisen aber auf 810 € hin. Das ist eine Mehreinnahme von 870.000 €. Damit konnte man nicht rechnen, auch nicht vor dem Hintergrund, dass die Landtagswahl vor der Tür steht.

Aber – uns kann es vollkommen egal sein, weshalb wir nun mit 2,8 Mio € planen können und nicht mit 1,95 Mio € - wie ursprünglich eingeplant. Hauptsache unsere Gemeinde erhält das Geld – Wahlkampf hin – Wahlkampf her. Was wir haben, haben wir.

Einkommensteueranteil: Sie wissen, der Einkommensteueranteil der Gemeinde ist nach der Gewerbesteuer der zweitgrößte Einnahmeposten. Hier beträgt der Haushaltsansatz 6.5 Mio €. In diesem Jahr hatten wir einen Ansatz von 5,3 Mio € - also eine immense Steigerung. Es zeigt, dass es sich natürlich für alle lohnt, wenn möglichst viele Menschen in Lohn und Brot stehen.

Das nun sind alles Einnahmeanteile, die wir Rasteder Bürger nicht unmittelbar selber aufbringen müssen. Das kommt von Dritten.

Was wir selber erwirtschaften, sind unsere Grund- und Gewerbesteuern, unsere Vergnügungs- und Hundesteuern. Das sind Zahlungen, die werden direkt von der Verwaltung eingezogen.

Eine Erhöhung dieser Steuern ist in diesem Jahr noch nicht erforderlich. Sie haben ja gerade gesehen, dass wir Mehreinnahmen erhalten, die zu einem rechnerischen Haushaltsausgleich beitragen. Daneben wird die Gemeinde noch mit einem Einmalbetrag in Höhe von ca. 500.000 € von einem Rasteder Investor rechnen können. Dann aber ist Schicht im Schacht. Der Haushalt 2013 ist zwar rechnerisch ausgeglichen, aber nicht strukturell. Die Verwaltung weist in ihrer Vorlage explizit darauf hin.

Was heißt strukturell? Wenn wir unsere Strukturen in der Gemeinde halten wollen, wenn wir weiter investieren wollen, wenn wir unsere Gemeinde weiter entwickeln wollen, wenn wir gleichzeitig einen ausgeglichenen Haushalt ohne große Kreditaufnahmen vorlegen wollen, wenn wir wollen, dass unsere nachfolgenden Generationen gerne hier wohnen und nicht nur unsere Schulden zurückzahlen sollen, dann sind wir alle zusammen – und da spreche ich jede einzelne Fraktion an – dann sind wir alle zusammen gehalten, hier zukünftig über Veränderungen nachzudenken. Wir werden um Steueranhebungen in den nächsten Jahren nicht herumkommen.

Aber ist das schlimm? Nein, wir haben in Rastede landesweit mit die niedrigsten Grund- und Gewerbesteuersätze. Grundsteuer A (landwirtschaftliche Gebäude) 280 %, Grundsteuer B (Hauseigentümer) 300 %, Gewerbesteuer 310 %. Der Landesdurchschnitt liegt bei 357 % Grundsteuer A, 369 % Grundsteuer B und 371 % Gewerbesteuer. Würde man diese Sätze zugrunde legen, dann würde das eine Mehreinnahme von ca. 2 Mio € jährlich einbringen. Aber wohlgemerkt, eine solche Erhöhung will überhaupt keiner von uns – zumindest die SPD nicht. Wir wollen niedrige Sätze behalten. Die machen unseren Ort aus, aber eine leichte Erhöhung in den nächsten Jahren wird unumgänglich sein. Eine Erhöhung um jeweils 20 Punkte würde schon eine Mehreinnahme von ca. 600 Tsd. € bedeuten und wir würden noch immer mit die niedrigsten Steuersätze haben.

Meine Damen und Herren, dies ist jetzt keine Forderung der SPD, nein, dies ist ein Hinweis des Landesrechnungshofes. Er hat in seinem Prüfungsbericht von Juli 2012 darauf hingewiesen, dass die Gemeinde ihr Einnahmepotential hier nicht ausschöpft und daher reale Ertragsminderungen in Kauf nimmt. Diesmal konnten wir uns das noch leisten, aber zukünftig nicht mehr.

Es sind auch nicht die Investitionen, die uns auffressen, nein, die laufenden Kosten sind das Problem. Darauf weist die Verwaltung zu Recht hin. Aber das ist für diesen Haushalt noch nachrangig. Erst ab 2014 werden wir entsprechende Überlegungen anstellen müssen.

Auf einen Punkt möchte ich noch eingehen, bevor ich auf die Investitionen der Gemeinde eingehe. Das ist die Doppik. Sie wissen, meine Damen und Herren, durch die Doppik sind wir gehalten, auch die Abschreibungen aufzuführen und diese Beträge zu erwirtschaften. Was in der Privatwirtschaft Sinn macht, denn dort muss derjenige, der hohe Abschreibungen hat, weniger Steuern zahlen. Er wird also belohnt für seine Investitionen. Die Gemeinde als Körperschaft des öffentlichen

Rechts aber hat diese Vorteile nicht. Die Gemeinde Rastede hat hohe Abschreibungen, weil sie Eigentum wie Straßen, Gebäude, Bäder hat und gleichzeitig auch für die Erhaltung viel investiert. Dafür wird sie nun im Ergebnishaushalt bestraft ohne Vorteile zu haben. Dieses Denken ist systemwidrig und entspricht nicht den besonderen Verhältnissen in einer Kommune. Das Land hat uns die Doppik beschert, selber aber wendet Niedersachsen es nicht an. Das ist schon äußerst ungewöhnlich. Aber vermutlich weiß man in Hannover, dass man sich ins eigene Fleisch schneiden würde und lässt selber lieber die Finger davon. Schon ein merkwürdiges Gebaren.

Aber konzentrieren wir uns auf Rastede.

Unsere Investitionen können sich auch 2013 sehen lassen. Über 11 Mio € wollen wir investieren. Diese Summe dient der Entwicklung unserer Gemeinde. So wird in zusätzliche Gewerbe- und Wohnbaugebiete investiert. Dies sind kommunale zukunftsorientierte Investitionen, die viele private Investitionen nach sich ziehen werden und damit letztendlich auch unserer heimischen Wirtschaft dienen. Sie dienen aber auch uns allen. Wir erhalten unsere Infrastruktur, wir schaffen Arbeitsplätze und erreichen dadurch, dass junge Familien zu uns kommen oder auch junge Leute – also unsere Kinder - hier bei uns bleiben. Das muss doch Ziel unserer gemeinsamen Bemühungen sein.

Es wird in Bildung investiert. Unsere Schulen werden weiterhin energetisch saniert. Ausstattungen werden ergänzt. Auch vor dem Hintergrund der Inklusion werden Umbauarbeiten erforderlich. Das alles ist gut angelegtes Geld. Eigentlich bräuchten wir noch viel mehr als eingeplant, denn wir müssen unseren Kindern alle Möglichkeiten geben, damit sie sich ein gutes Standbein für die Zukunft schaffen können. Hier vor Ort in den Schulen werden die Grundlagen für das Leben gesetzt. Wir als SPD-Fraktion werden darauf achten, dass dies so bleibt und auch weiterhin das Gespräch mit den Eltern, Lehrern und Schülern suchen.

Apropos Schule – auf Antrag der SPD-Fraktion werden ab 2013 in sämtlichen Schulen sog. Amokalarmierungen installiert – Kostenpunkt 20.000 € pro Schule. Auch das ist ein nicht zu unterschätzender Faktor. Die Sicherheit muss in den Schulen gewährleistet sein. Das passiert nun. Dafür haben wir gesorgt.

Und es liegt noch ein Antrag von uns vor, der noch in die Gremien gehen wird. Alle gemeindliche Gebäude sollten mit LED-Technik ausgestattet werden. Das senkt unsere Energiekosten und reduziert den CO₂-Ausstoß und in Schulen unterstützen neue LED-Beleuchtungskonzepte nachgewiesenermaßen das Lern- und Arbeitsverhalten sehr positiv. Also hier gibt es noch Handlungsbedarf.

Wir begrüßen daneben die Ausstattung unserer Straßenbeleuchtung mit LED-Technik. Auch hier ist die Gemeinde auf dem richtigen Weg und wir tragen diese Investitionen sehr gerne mit, zumal sie auch noch von Dritten gefördert werden. Es ist eine Investition, die sich schnell rechnet.

Und nun zur unseren Kleinsten: unsere Krippe in Hahn-Lehmden ist bald fertig gestellt und wird dann im nächsten Jahr abgerechnet. Wir werden aber noch weitere Krippenplätze benötigen, um unseren gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen. Im

Übrigen gibt es bereits jetzt schon Wartelisten. Hier muss noch nachgearbeitet werden. Vor allem im Hauptort besteht noch Bedarf.

Was ich jetzt sage, hat mit den Investitionen nichts zu tun. Aber der SPD-Fraktion Rastede liegt es sehr am Herzen, die Gebühren für Kindertagesstätten nicht zu erhöhen, sondern über kurz oder lang zu senken. Es handelt sich hier um Ausgaben für die Bildung unserer Kinder und die müssen von der Allgemeinheit getragen werden – wie dies in den Schulen üblich ist. Über Sonderausgaben wie Essensgeld kann man reden. Das sind ansonsten ja häusliche Ersparnisse. Aber die Entgelte selber sollten so gering wie möglich sein. Der Vorschlag der Gemeinde, dem die Mehrheitsgruppe ja in der ersten Sitzung zugestimmt hat – SPD und Grüne haben bekanntlich abgelehnt – hat zur Folge, dass Eltern teilweise mehrere Hundert Euro zusätzlich zu stemmen hätten. Das ist wahrlich nicht familienfreundlich und keinesfalls akzeptabel. Dass wir als SPD auf dem richtigen Weg mit unserer Ausrichtung sind, zeigen auch die Stellungnahmen der Elternbeiräte. Nun hat die CDU schnell einen neuen Antrag gestellt. Sie hat gemerkt, dass die allgemeinen Floskeln, die sie in der Diskussion eingebracht hat, nicht ausreichend waren. Man muss sich schon auch mal mit der Materie beschäftigen, bevor man seine Entscheidung in den Ausschüssen lauthals kund tut. Der neue Antrag ist aber kaum besser. Für uns war es daneben nicht akzeptabel, dass – nachdem der Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss sein Votum abgegeben hat - durch neue Anträge über diese nur im nichtöffentlichen VA und im Rat entschieden werden soll. Deshalb haben wir gem. § 72 III NKomVG eine neue Fachausschusssitzung beantragt. Es liegt eine neue Sachlage vor und es sollte hier schon der Fachausschuss entscheiden und den Ratsbeschluss vorbereiten. So will es auch das Gesetz. Und wir haben in dieser Angelegenheit Zeit. Die Eltern werden es uns danken. Das übliche Totschlagsargument mit der Nichtfinanzierbarkeit läuft fehl. Ich habe eingangs auf zusätzliche Einnahmemöglichkeiten hingewiesen. Im Übrigen ist es eine Frage der Prioritätensetzung. Bei uns - der SPD-Fraktion - stehen die Bildung und die Familiefreundlichkeit eben ganz oben. Andere sehen das vielleicht anders – wir nicht.

In unsere Bäder wird im nächsten Jahr vorerst nur marginal investiert. Hier wird aber die Zukunft zeigen, dass Geld in die Hand genommen werden muss, wenn man denn konkurrenzfähig bleiben möchte. Es reicht keinesfalls aus, nur die Bäderentgelte zu erhöhen, in der Hoffnung, es wird mehr Geld eingenommen, das dann eventuell investiert werden könnte oder zur Deckung der laufenden Kosten gereicht. Nein, Gebührenerhöhungen können dazu führen, dass wir Badnutzer verlieren. Warum soll ich in Rastede baden, wenn ich es in Wiefelstede günstiger bekomme. Wir müssen uns von anderen absetzen – und zwar durch Qualität und nicht durch hohe Entgelte.

Im Sportbereich wird diesmal eine Menge Geld in die Hand genommen. Endlich, nach vielen, vielen Jahren ist es nun soweit. Der FC erhält eine neue Wirkungsstätte als Ersatz für die Plätze an der Mühlenstraße, in Kleibrok, der Schützenhofstraße und dem Rennplatz. Bereits vor über 10 Jahren haben wir auf die missliche Situation des FC hingewiesen. Seinerzeit sollte Ersatz für die Schützenhofstraße geschaffen werden. Auf dem dortigen ehemaligen Sportplatz stehen nämlich jetzt Einfamilienhäuser. Aber was lange währt, wird endlich gut. Wir freuen uns mit dem FC auf die neue Heimat und die Zukunft.

Was mit den alten Plätzen passiert, muss im Rat noch erörtert werden. Ich weise aber schon jetzt darauf hin, dass für die Mühlenstraße ein vernünftiges Konzept erstellt werden muss. Es handelt sich um eine hervorragende Lage, die man touristisch nutzen sollte. Ein bloßer Parkplatz für irgendwelche Veranstaltungen wären absolut der falsche Weg und Ressourcenverschwendung. Das werden wir als SPD keinesfalls mitmachen.

Ich möchte jetzt Schluss machen. Aber vorher noch zum Stellenplan/ zur Stellenübersicht kommen. Sie sind grundsätzlich gut und richtig. Hervorheben möchte ich, dass wir im nächsten Jahr 3 zusätzliche Auszubildende einstellen. Wir haben dann 10 Auszubildende. Das ist für eine Gemeinde der Größe von Rastede ein hervorragender Wert. Wenn nicht wir, wer denn sonst – könnte man sagen. Das ist lobenswert. Wir brauchen guten Nachwuchs. Eine gute Gemeindeverwaltung benötigt gutes Personal. Ohne dem geht es gar nicht. Und dass es auf dem freien Markt immer schwieriger wird, Personal zu akquirieren, zeigen die Ausschreibungen. Früher kamen auf freie Verwaltungsstellen jede Menge Bewerbungen. Das aber ist vorbei. Auch hier greift der demografische Wandel. Deshalb ist es richtig, die Zukunft selber zu gestalten und eigenes Personal auszubilden. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Aber jetzt werde ich schließen.

Wie schon eingangs gesagt: die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt zu, auch wenn wir in einzelnen Punkten anderer Auffassung sind, als die Mehrheitsgruppe. Aber diese Punkte sind auch innerhalb des bestehenden Haushaltsplanentwurfs darzustellen und im unseren Sinne reparierbar. Wir werden also dem Gesamtpaket zustimmen, zumal viele unserer Ideen im neuen Haushaltsplan mit aufgenommen sind.

Rastede, 11.12.2012

Rüdiger Kramer
Fraktionsvorsitzender

(es gilt das gesprochene Wort)